

FORUM FRAUEN- UND
GESCHLECHTERFORSCHUNG

Schriftenreihe der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Band 29

Regina-Maria Dackweiler/Reinhild Schäfer (Hrsg.)

Wohlfahrtsstaatlichkeit und
Geschlechterverhältnisse
aus feministischer Perspektive

Regina-Maria Dackweiler, Dr. phil. habil., Professorin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain mit dem Schwerpunkt „gesellschaftliche und politische Bedingungen Sozialer Arbeit“. Arbeitsschwerpunkte: (transnationale) Frauenbewegungen, wohlfahrtsstaatliche Geschlechterpolitik, Frauenmensenrechtspolitik, Gewalt im Geschlechterverhältnis, Gender-Aspekte in der Sozialen Arbeit.

Reinhild Schäfer, Dr. phil, Professorin an der Hochschule RheinMain, Fachbereich Sozialwesen, Schwerpunkt: „Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit“ mit Fokus auf Familie, Sozialisation und Devianz. Weitere Arbeitsschwerpunkte: Frühe Hilfen für Eltern und Kinder, Häusliche Gewalt, Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe.

STX

C

TLA

26853



S 23. 11. 10

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2010
© 2010 Verlag Westfälisches Dampfboot
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 978-3-89691-229-9

Inhalt

<i>Regina-Maria Dackweiler/Reinhold Schäfer</i> Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive – Eine Einleitung	7
1. Re-Definition Sozialer Rechte	
<i>Regina-Maria Dackweiler</i> Wandel bewirken: Die Neue Frauenbewegung als Akteurin im Transformationsprozess wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime	20
<i>Birgit Bütow</i> Das Bedingungslose Grundeinkommen: Feministische Positionen, Anschlussstellen und Perspektiven zu einer kontroversen Idee und ihren Umsetzungsmodellen	48
2. Re-Strukturierung sozialer Sicherungssysteme	
<i>Brigitte Stolz-Willig</i> Geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik nach Hartz IV	68
<i>Margareta Kreimer</i> „Flexicurity“ aus gleichstellungspolitischer Perspektive	88
<i>Michaela Willert</i> Alterssicherung von Frauen im europäischen Vergleich: Armutrisiken und neue Ungleichheiten – oder doch die alten?	108
3. Reorganisation von Sorgearbeit	
<i>Birgit Riegraf/Hildegard Theobald</i> Überkreuzungen sozialer Ungleichheiten in der Fürsorgearbeit: Wandel der Versorgung älterer Familienmitglieder im Ländervergleich	132

<i>Maria S. Rerrich</i> Unsichtbar, unentbehrlich, uneinheitlich: Die Vielfalt der bezahlten Haushaltsarbeit von Migrantinnen	150
<i>Gisela Notz</i> Bürgergesellschaftliches Engagement im „aktivierenden Sozialstaat“: Geschlechtersymmetrien oder -hierarchien im und durch das „Ehrenamt“?	168
 4. Subjektivierungsweisen und soziale Kontrolle	
<i>Sabine Stövesand</i> Nachbarschaftsnetzwerke gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis aktivieren: Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld post-wohlfahrtsstaatlicher Regierungsweisen	190
<i>Reinhild Schäfer</i> Familie in Ordnung bringen – Implikationen des Präventionsanspruchs „Früher Hilfen“	208
<i>Silvia Kontos</i> Die neoliberale Re-Regulierung der Prostitution: Business as Usual?	227
 Autorinnen	 247

Regina-Maria Dackweiler/Reinhild Schäfer

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive – Eine Einleitung

Der Begriff Wohlfahrtsstaat kennzeichnet in den liberal-demokratisch verfassten, industriekapitalistischen Ökonomien westlichen Typs die in Verfassungen, Gesetzen und Verordnungen fixierte staatliche Verpflichtung zu umfassender Intervention in die Dimensionen Einkommenssicherung, Gesundheit, Wohnen und Bildung. Dies mit dem Ziel, soziale Sicherheit vor Armutsrisiken wie Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder zu schaffen sowie soziale Gleichheit und Gerechtigkeit in Bezug auf Teilhabe- und Lebenschancen zu gewährleisten. Orientiert an keynesianischen Steuerungskonzepten gestalteten die Wohlfahrtsstaaten westlicher Gesellschaften zur Erlangung und Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg zudem die Rahmenbedingungen von Wirtschaftsprozessen in Finanz-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Wohlfahrtsstaatlichkeit stellt somit einen zentralen Vergesellschaftungsmodus dar, soll sie doch – ausgerichtet am gesellschaftspolitischen Konsens über die notwendige Solidarität mit sozial Schwächeren (Alber 1982) – den BürgerInnen eine menschenwürdige Existenz auf dem jeweils erreichten Zivilisationsniveau sowie die Stabilität von Lebensläufen ermöglichen und dafür Sorge tragen, dass niemand aus sozialen Gründen von der Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen bleibt. Oder anders formuliert: Das Ensemble staatlicher Institutionen der Für- und Vorsorge, der Versorgung und Versicherung, bildet einen „spezifischen Modus politisch veranstalteter Vergesellschaftung“ (Lessenich 2008: 22), davon ausgehend, dass Inklusion, sprich soziale Integration und Teilhabe, nicht auf rein marktwirtschaftlichem Wege zustande kommen kann. Aus einer international vergleichenden Perspektive zeigt sich, dass hierbei verschiedenste Strategien „staatlicher, marktlicher, betrieblicher, assoziativer und familialer Wohlfahrtsproduktion“ (Kaufmann 2003: 42) arrangiert und kombiniert, d.h. ebenso öffentliche wie private, entgeltliche und unentgeltliche, formelle oder informelle Akteure und Elemente zum Einsatz gebracht werden.

Aus einer regulationstheoretischen Perspektive erweist sich der auch als „goldenes Zeitalter“ charakterisierte Auf- und Ausbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit nach

dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts (vgl. Butterwegge 2006) in den kapitalistischen Ökonomien West- und Nordeuropas sowie Nordamerikas als Signum der „fordistischen“ Gesellschaftsformation. Hierunter versteht dieser kritische politisch-ökonomische Theorie- und Analyse Rahmen eine historisch einmalige Konfiguration kapitalistischer Entwicklung, bestehend aus einer spezifischen kapitalistischen Verwertungsstrategie, politisch-institutionellen Formen und sozialen Kräfteverhältnissen. Die Bezeichnung dieser historischen Periode des Kapitalismus als „fordistisch“ geht auf die Einführung tayloristischer Massenproduktion in Henry Fords US-amerikanischen Automobilwerken zurück. In Westeuropa setzte diese Periode unter US-amerikanischer Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Sie wird von deutschsprachigen Vertretern der Regulationstheorie (vgl. Hirsch/Roth 1986; Hirsch 1998) entlang von vier zentralen Achsen bestimmt: erstens Produktivitätssteigerungen auf Grundlage fließbandgetriebener Zergliederung des Produktionsprozesses, zweitens Massenproduktion und Massenkonsum, drittens die auf Basis anhaltenden Wirtschaftswachstums und annähernder Vollbeschäftigung im Rahmen von sozialpartnerschaftlicher Verhandlungssysteme gewerkschaftlich erkämpften Steigerungen der Reallohneinkommen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Hinzu kommt viertens der Ausbau einer öffentlichen Infrastruktur und sozialstaatlicher Leistungen mit dem Anspruch der sozialen Integration und Umverteilung sowie umfassende ökonomische Interventionstätigkeiten des Staates in Form von Wachstums-, Forschungs-, Industrie- und Konjunkturpolitik, Unterstützungszahlungen und Subventionen wie auch die Anwendung eines immer weiter ausgebauten gesamtwirtschaftlichen Steuerungsinstrumentariums, vor allem im Bereich der Geld- und Fiskalpolitik. Diese Interventionsformen wurden „zum Merkmal des sich nun herausbildenden keynesianischen Staates“ (Hirsch 1998: 78), der nach Joachim Hirsch das Ziel verfolgt, den Klassenkonflikt und die mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik einhergehenden Krisentendenzen und Widersprüche sozialpolitisch einzuhegen, um so eine relative Stabilität der Klassenverhältnisse und der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gewährleisten. Der fordistisch-keynesianische Staat tritt als „Sicherheitsstaat“ im doppelten Sinne in Erscheinung: sowohl als „Wohlfahrts- als auch bürokratischer Kontroll- und Überwachungsstaat“ (ebd.: 79).

Neben dem Spezifikum eines primär nationalstaatlichen Bezugsrahmens basierte die fordistisch-keynesianische Gesellschaftsformation aus dieser Perspektive bis zur einsetzenden weltweiten Rezession Mitte der 1970er Jahre auf gesellschaftliche Allgemeingültigkeit beanspruchenden kulturell-normativen Prämissen: Einem *Normalarbeitsverhältnis* (lebenslange, kollektivvertraglich

geschützte, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung mit dem hierüber generierten Anspruch auf Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen), einer *Normalbiographie* (rechtlich überformte Phasen institutionalisierter Nichterwerbstätigkeit und sozial normierte Abfolgen zentraler Lebensereignisse wie Berufseintritt, Eheschließung, Familiengründung, Berufsaustritt) und einer *Normalfamilie*, beruhend auf dem Modell des ehemännlichen Familienernährers und des Zuverdienstes der Ehefrau neben ihren Funktionen als Hausfrau und Mutter. Der patriarchale, also geschlechterherrschaftsformige Charakter dieser institutionalisierten normativen Fundamente des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaats trat jedoch weder in der Krise des Fordismus noch angesichts der sich herauschälenden Gestalt einer „post-fordistischen“ Entwicklungsphase kapitalistischer Vergesellschaftung für Vertreter einer kritischen politischen Ökonomie *systematisch* in den analytischen Fokus. Dies lässt sich selbst dann feststellen, wenn sie mit Blick auf die sozialwissenschaftlichen Debatten über neue soziale Spaltungslinien in den globalen kapitalistischen Ökonomien die hierfür herangezogenen „macht- und herrschaftstheoretisch zumeist eher unbefriedigenden wissenschaftlichen Kategorien und Analysekonzeptionen“ kritisieren und einen erheblichen „Klärungsbedarf“ bei den Ursachen und Konsequenzen gegenwärtiger sozialer Ungleichheits- und Ausgrenzungsprozesse diagnostizieren (Bieling 2007: 100).

Demgegenüber analysieren feministische Sozialwissenschaftlerinnen seit den 1970er Jahren, dass moderne Wohlfahrtsstaaten seit Ende des 19. Jahrhunderts eine hierarchische Geschlechterordnung institutionalisierten, welche die gesellschaftliche Reproduktion gewährleistete. Sie rekonstruierten, wie über alle Klassen- und Milieugrenzen hinweg mit dieser Geschlechterordnung eine verbindliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf Dauer gestellt wurde, konkret der männliche Erwerbsarbeiter als Familienernährer einerseits und die weibliche Zuständigkeit für unbezahlte Sorge- oder „care“-Arbeit, sprich Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege von kranken und alten Familienangehörigen sowie die Versorgung des erwerbstätigen (Ehe-)Mannes andererseits. Mit Hilfe geschlechterreflektierter Wohlfahrtsstaatsforschung gelangte in den vergangenen 35 Jahren zugleich in den Blick, dass die geschlechterideologisch legitimierte Verteilung der Verantwortung für die Produktion von Sicherheit und Wohlfahrt auch in der kurzen Zeitspanne des „golden age“ des fordistischen Klassenkonsenses nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre ein Geschlechterhierarchisierendes Arrangement zwischen Staat, Markt und Familien-Frauen hervorgebracht hat. Herausgearbeitet wurde aber auch, dass alle kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten seit über zwei Dekaden im Horizont von Gleichbehandlung

und Chancengleichheit sowohl Frauen benachteiligende Regelungen reformiert als auch das neue politische Feld der Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik geschaffen haben (Dackweiler 2008; Razavi/Shireen 2007).

Das fordristische Vergesellschaftung eingeschriebene „male-breadwinner“-Modell, das Frauen mehr oder weniger ungebrochen familialisierte und an der Aufrechterhaltung bestehender Geschlechterungleichheit mitwirkte, scheint zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer sich herausbildenden neuen politischen Ökonomie sozialer Ungleichheit überlagert oder abgelöst zu werden durch ein stärker am „adult-worker“ orientiertes Modell (vgl. Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004), das zu ihrer Individualisierung beiträgt und somit zu tendenziell egalitäreren Geschlechterverhältnissen. Diese sind – mit Blick auf den Wohlfahrtsstaat – abhängig von einem diskriminierungsfreien Zugang beider Genusgruppen zu sozialen Rechten. Aus einer Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit zu Grunde legenden Perspektive umfassen soziale Rechte jedoch mehr als dekommodifizierende Transferleistungen im Falle von alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit oder des Verlustes des Arbeitsplatzes: Neben Kranken- und Arbeitslosengeld sowie Renten sind im Horizont einer paritätischen Teilung der „care“-Dimensionen gesellschaftlich organisierter Arbeit eine öffentlich bereitgestellte Gesundheitsversorgung und Altenpflege ebenso von Bedeutung wie Wohnraum, Kinderbetreuungseinrichtungen, Erziehungsgeld oder berufliche Weiterbildungs-, Wiedereingliederungs- und Förderungsmaßnahmen nach Pflege- und Erziehungszeiten.

Vor dem Hintergrund der neoliberal ausgerichteten Transformationen von Markt, Staat und Gesellschaft mittels der *Liberalisierung* von Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten, der *Flexibilisierung* der Lohnarbeitsverhältnisse, der *Privatisierung* staatlicher Funktionsbereiche und sozialer Risiken, also Prozessen der Re-Kommodifizierung hin zu einer neuen „Qualität konkurrenz- und marktvermittelter Vergesellschaftung“ (Anhorn 2008: 20), richtet feministisch informierte Forschung den Blick daher zum einen auf die Auswirkungen dieser an den Leitideen von Eigenverantwortung, Bürgerschaftlichkeit, individueller Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit im Horizont von „Standortsicherung“ und „Weltmarktkonkurrenz“ ausgerichteten Restrukturierung auf Frauen und Männer. Sie fragt also nach den geschlechterselektiven Effekten des Um- bzw. Abbaus von sozialen BürgerInnenrechten. Denn erst hierüber gelangen die Widersprüche des „adult-worker“-Modells in den Fokus, d.h. die Ungleichzeitigkeiten und Antinomien wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitik, mit der eine vermeintlich geschlechtsneutrale Kommodifizierung vorangetrieben werden soll, ohne jedoch der im Zuge des Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zugleich betriebenen

fortgesetzten bzw. erneuten Zuweisung unbezahlter Haus- und Versorgungsarbeit an Frauen, also der Re-Familialisierung von Sorgearbeit, nachhaltig entgegenzuwirken (Jenson/Sineau 2001).

Zum anderen fragen feministische Analysen nach den sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen entlang von Klassen-, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit. Dies angesichts der Erkenntnis, dass die „doppelte und widersprüchliche Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt 2008) von Frauen fortbesteht, die sich jedoch mehr und mehr auf eine internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen stützt. Denn gut qualifizierte Frauen mit höheren Einkommen und – so ist zu ergänzen – deren Partner, suchen dem prekären Zugleich von Versorgungs- und Erwerbsarbeit durch die Nachfrage nach der Übernahme von Sorgearbeit durch Migrantinnen zu entkommen, konkret sowohl vor allem jenen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten als auch von undokumentiert und illegalisiert lebenden Frauen (Lutz 2008). So erweist sich aus einer geschlechterreflektierten Perspektive die aktuelle Gestalt von Wohlfahrtsstaatlichkeit weniger denn je für alle Frauen gleichermaßen als ein patriarchaler „Männerbund“ bzw. ein egalitätsorientierter „Frauenfreund“. Vielmehr gibt es GewinnerInnen und VerliererInnen sich verändernder Geschlechterregime zu identifizieren.

Bislang wurde die politische Regulierung der Prostitution nicht im Horizont von Wohlfahrtsstaatlichkeit diskutiert, sondern unter der Perspektive einer Liberalisierung der Sexualität oder der Gleichstellung und Entdiskriminierung von Prostituierten. Wird jedoch – so die Herangehensweise von *Silvia Kontos* – das Konzept der wohlfahrtsstaatlichen Genderregime für die Analyse der Regulierung von Prostitution zu Grunde gelegt, öffnet sich der Blick dafür, dass jene nicht nur die Verteilung von Arbeit und die daraus abgeleitete soziale Sicherung zwischen den Geschlechtern ordnen, sondern gleichermaßen die Familien- und die sexuellen Beziehungen sowie die normativen Vorstellungen von Bindung, Fürsorge und Abhängigkeit normieren. Aus dieser Perspektive spielt nach Kontos die Prostitution gegenwärtig eine herausragende Rolle, weil zum einen an ihr Geschlechterfragen öffentlich sichtbar verhandelt und moralisch aufgeladen werden, zum anderen an ihrer aktuellen Re-Regulierung auch die neoliberale Transformation des Genderregimes sichtbar wird, welche Gleichstellung vor allem als Gleichheit vor dem Markt durchsetzt und mit der Rücknahme von Differenzbestimmungen herrschaftskritische Fragestellungen insgesamt entsorgt.

Danksagung

An dieser Stelle möchten wir allen Autorinnen, den MitarbeiterInnen des Verlags Westfälisches Dampfboot und Birgid Parton-Jotzo, die das Manuskript Korrektur las, für die gute Zusammenarbeit danken. Unser Dank gilt ebenso der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der DGS, die mit einem Zuschuss die Endkorrektur des Manuskripts finanziell unterstützte.

Literatur

- Alber, Jens (1982): Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt am Main/New York
- Anhorn, Roland (2008): Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss. In: ders./Bettinger, Frank/Steht, Johannes (Hg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis. 2., überarb. und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 13-48.
- Becker-Schmidt, Regina (2008): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.), Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 2. erw. und aktualisierte Auflage. Wiesbaden, 65-74
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die neue politische Ökonomie sozialer Ungleichheit. In: Klinger, Kornelia et al. (Hg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt am Main/New York, 100-115.

- Butterwegge, Christoph (2006): Das „goldene Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaates: Auf-, Aus- und Abbau des Systems der sozialen Sicherung. In: ders., Krise und Zukunft des Sozialstaats. 3., erweiterte Auflage, Wiesbaden, 37-73.
- Dackweiler, Regina-Maria (2008): Wohlfahrtsstaat: Institutionelle Regulierung und Transformation der Geschlechterverhältnisse. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.), Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 2. erw. und aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 512-523.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg
- Hirsch, Joachim (1998): Die Krise des Fordismus und ihre Folgen. In: derslb., Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, 75-100
- Jenson, Jane/Sineau, Mariette (2001): Who Cares? Women's Work, Childcare, and Welfare State Redesign. Toronto.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main
- Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (Hg.) (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- Lutz, Helma (2008): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. 2. überarb. Auflage. Opladen
- Razavi, Shahra/Hassim, Shireen (Hg.) (2007): Gender and Social Policy in a Global Context. Uncovering the Gendered Structure of „the Social“. Houndsmill et al.